



## NIEDERSCHRIFT

Gremium	Ortsbeirat Nauborn
Sitzungsnummer	OB Nb/024/2019
Datum	Freitag, den 16.08.2019
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal des Stadteilbüros Nauborn, Schulgasse 7

### Anwesend:

#### vom Gremium

Peter Pausch	SPD	Ortsvorsteher
Hans-Werner Beck	SPD	Ortsbeiratsmitglied
Sandra Ihne-Köneke	SPD	Ortsbeiratsmitglied
Edmund Räther	SPD	Ortsbeiratsmitglied
Thekla Adamietz	CDU	Ortsbeiratsmitglied
Michael Hundertmark	CDU	Ortsbeiratsmitglied
Renate Pfeiffer-Scherf	FW	Stellv. Ortsvorsteherin
Dr. Wolfgang Bunk	FDP	Ortsbeiratsmitglied

#### vom Magistrat

Stadtrat Norbert Kortlüke  
Stadträtin Ruth Viehmann

#### von der Verwaltung

Norbert Kulig, Stadtbetriebsamt

#### als Schriftführerin

Amber Luitjens-Taylor

#### Zuhörer: vier

### Abwesend:

#### Entschuldigt fehlte

Uwe Lang	CDU	Ortsbeiratsmitglied
----------	-----	---------------------

OV Pausch eröffnet die Sitzung und stellt nach Begrüßung der Anwesenden die Beschlussfähigkeit des Ortbeirates sowie die form- und fristgerechte Zustellung der Einladung fest. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen und gilt nun in der folgenden Fassung:

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Genehmigung der Niederschrift der 23. Sitzung**
- 2 Organisatorische Entwicklung des Stadtbetriebsamtes**
- 3 Verwendung heimatpflegerischer Mittel**
- 4 Mitteilungen und Anfragen**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Genehmigung der Niederschrift der 23. Sitzung**

Die Genehmigung der Niederschrift wird einstimmig beschlossen.

#### **zu 2 Organisatorische Entwicklung des Stadtbetriebsamtes**

StR Kortlüke teilt mit, dass am 27.08. ein Resümee-Treffen zum Thema mit den Ortsvorstehern stattfinden wird. Er stellt die Mitteilungsvorlage und die Entstehungsgeschichte der Umstrukturierung nochmals dar. Die wichtigsten Punkte seien die Neustrukturierung der Friedhofsbewirtschaftung, vor allem der Bestattungsorganisation, und die Einführung einer Baumkolonne, für die jeweils feste Mitarbeiter zuständig sein sollen. So können Mitarbeiter flexibler eingesetzt werden. Auch die nötigen Vorgaben zur Arbeitssicherheit könnten so einfacher eingehalten werden, da im Krankheitsfall sofort Anpassungen erfolgten. Aktuell gebe es, auch durch den überdurchschnittlichen Altersdurchschnitt, einen sehr hohen Krankenstand. Man hoffe, die Mitarbeiter durch die Neuerungen entlasten zu können. Das Gutachten über die Wetzlarer Grünflächenpflege besage, dass bei den sehr hohen Standards 15 Stellen fehlten. Um dies auszugleichen, werde eine Zentralisierung empfohlen, da eine gravierende Verbesserung an den Standorten nicht realisierbar sei. Die beste Möglichkeit sei der Stadtbetriebshof, dort seien auch die nötigen Pausenräume und Platz für die Geräte vorhanden.

H.-W. Beck merkt an, dass die Stadt Wetzlar bereits negative Erfahrungen mit Zusammenlegungen gemacht habe. Er fragt nach, ob durch das Versammeln morgens eine Arbeitsstunde verloren ginge. StR Kortlüke antwortet, dass die Zeit auf dem Betriebshof für notwendige Auf- und Abrüstung der Fahrzeuge, sowie Pflege- und Wartungsarbeiten genutzt würde. Hier wolle man bewusst alle Mitarbeiter gleich miteinbeziehen, sodass keine individuelle Bevorzugung entstünde. Ansprechpartner blieben weiterhin die Stadtteilmitarbeiter und Vorarbeiter.

R. Pfeiffer-Scherf schlägt vor, dass nur die Vorarbeiter zum Betriebshof fahren könnten und die Aufgaben z. B. per Telefon oder online weiterzuleiten. StR Kortlüke erinnert an die Aufgaben, die morgens vor Ort ausgeführt werden müssten. Die Einteilung selbst fände weiter durch die Meister statt. R. Pfeiffer-Scherf fragt nach, ob die Änderungen auch den Winterdienst betreffen. StR Kortlüke verneint dies, die Winterdienstfahrzeuge blieben vor

Ort, um möglichst schnell im Glättefall agieren zu können. Er teilt mit, dass diese in Zukunft wahrscheinlich angemietet würden. Für den Winterdienst würden des Weiteren möglichst die Mitarbeiter eingeteilt, die am nächsten an der Einsatzstelle wohnen.

M. Hundertmark merkt an, dass es ein großer Vorteil sei, wenn immer dieselben Mitarbeiter vor Ort ansprechbar seien. Man müsse befürchten, dass immer weniger Service in den Stadtteilen angeboten werden solle. Ein Wegfall von Kapazitäten und Vorrichtungen sei zu beobachten, an dessen Ende sogar der Wegfall der Stadtteilbüros stehen könne. Er fragt, ob man den Bericht in Kopie erhalten könne. StR Kortlüke sagt zu, dies zu erfragen und den Bericht, wenn möglich, weiter zu geben. Eine Vermischung mit dem Thema Stadtteilbüros möchte er in der Diskussion nicht machen, er sehe diese Gefahr auch nicht.

S. Ihne-Köneke führt aus, dass jede Veränderung Unsicherheiten und Ängste mitbringe, sie erachte die Neuerungen als sinnvoll, z.B. für besseres Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Mitarbeitern. Man müsse diese Umstrukturierung zunächst aber ausprobieren. Dr. Bunk fragt an, ob die Trennung des Kirschenwäldchens und Nauborn, durch Einteilung in unterschiedliche Bereiche, sinnvoll sei. Das Kirschenwäldchen gehöre zu Nauborn und sei auch schnell und einfach von Nauborn zu erreichen, eine Trennung setze ein falsches Signal. StR Kortlüke sagt zu, diese Entscheidung überprüfen zu lassen.

E. Räther fragt, ob der Personalrat einbezogen wurde und wie dieser reagiert habe. StR Kortlüke erläutert, dass es drei Vollversammlungen gegeben habe und der Personalrat keine Einwände vorbrachte. Die Reaktionen bei den Vollversammlungen seien gemischt, aber überwiegend positiv gewesen.

### **zu 3 Verwendung heimatpflegerischer Mittel**

E. Räther bringt den vorliegenden Antrag zur Verwendung der Mittel ein. Der Antrag wird einstimmig beschlossen (4/0/0). – Dr. Bunk und S. Ihne-Köneke mussten die Sitzung aufgrund anderer Termine vor TOP 3 verlassen.

### **zu 4 Mitteilungen und Anfragen**

- a) OV Pausch schlägt den 04.09.2019 als nächsten Termin zur Besprechung des vorliegenden Rad- und Fußwegekonzepts vor.  
(Hinweis: Der Termin der nächsten Ortsbeiratssitzung wurde zwischenzeitlich für Mittwoch, 11.09.2019, 19.30 Uhr, anberaunt).
- b) R. Pfeiffer-Scherf spricht den gefährlichen Verkehrszustand an der Wetzlarer Straße an. Die Stadt solle den Bürgern erlauben, halb auf dem Bürgersteig zu parken, oder versetzte Parkflächen auf der Straße einzeichnen lassen. Die aktuelle Parksituation führe zu Gefahrensituationen für Fußgänger, da Autofahrer z.B. auf den Bürgersteig ausweichen, um bei Gegenverkehr nicht anhalten zu müssen. Ein Brief zweier Anwohner wird den Ortsbeiratsmitgliedern mit dem Protokoll zur Kenntnis gegeben. Außerdem soll das Thema auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen, sollte sich die Situation bis dahin nicht gebessert haben.

gez.

Peter Pausch  
Ortsvorsteher

gez.

Amber Luitjens-Taylor  
Schriftführerin